

## Beschlüsse der 31. Vollversammlung des Landesjugendrings Niedersachsen e.V.

- Schritte zu einer gerechten Bildung
- Gemeinsames Handeln gegen Rechtsextremismus
- Für ein gutes Klima: Jugendverbände handeln jetzt!
- Die Einheit der Kinder- und Jugendhilfe ist Bedingung!

## **Beschluss der 31. ordentlichen Vollversammlung des Landesjugendringes Niedersachsen e.V. am 01.03.2008**

### **Schritte zu einer gerechten Bildung**

Bildung muss in Niedersachsen für alle Kinder und Jugendlichen kostenfrei sein.

Eine gute Bildung ist niemals umsonst - und auch nicht kostenlos. Durch Bildungskosten entsteht eine finanzielle Belastung, die soziale Unterschiede zwischen Kindern und Jugendlichen verstärkt. Ziel einer gerechten Bildungspolitik in Niedersachsen muss jedoch eine Bildungslandschaft sein, in der äußere Einflüsse, wie die Herkunft oder das Einkommen der Eltern, keine Einschränkung für die persönliche Qualifizierung bedeuten.

Dabei ist neben der schulischen Bildung auch die außerschulische Bildung zu berücksichtigen, wie sie z.B. in den Jugendverbänden geleistet wird. Sie trägt dazu bei, dass sich junge Menschen zu eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten entwickeln.

Daher fordert die Vollversammlung des Landesjugendringes Niedersachsen das Land Niedersachsen auf,

- die Lehrmittelfreiheit in Niedersachsen für alle Schulformen einzuführen, um so allen Kindern und Jugendlichen eine gute, kostenfreie Schulbildung zu ermöglichen.
- sich im Bund dafür einzusetzen, dass
  - für Schülerinnen und Schüler, deren Eltern nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) II (Grundsicherung für Arbeitssuchende, „Hartz IV“) bzw. dem Sozialgesetzbuch XII (SGB XII, Sozialhilfe) Leistungen beziehen, die Übernahme von schulbedingten Kosten geschaffen wird und
  - ein eigener Regelsatz für Kinder und Jugendliche im SGB II bzw. SGB XII eingeführt wird.
- Kindern und Jugendlichen im Leistungsbezug die Teilnahme an Bildungs- und Freizeitangeboten der Jugendverbände finanziell zu ermöglichen. Da das SGB keine Leistungen für die Teilnahme an Erholungsmaßnahmen von Trägern der Jugendverbandsarbeit vorsieht und im

Jahr 2003 die Förderung von Freizeit- und Erholungsmaßnahmen durch das Land Niedersachsen gestrichen wurde, besteht hier ein dringender Förderbedarf.

Dieses können nur erste Schritte auf einem Weg zu einer gerechteren Bildungslandschaft in Niedersachsen sein, die allen jungen Menschen das Recht auf Förderung ihrer Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit ermöglicht.

Die Vollversammlung des Landesjugendringes verweist in diesem Zusammenhang auf die Beschlüsse

- „Alle Kinder und Jugendlichen in Niedersachsen brauchen Perspektiven - Wege in eine gerechtere Gesellschaft“ vom 04.03.2006,
- „Für ein gebührenfreies Studium“ vom 05.03.2005 und
- „Armut bekämpfen durch Chancengleichheit für junge Menschen“ vom 05.03.2005.

## **Beschluss der 31. ordentlichen Vollversammlung des Landesjugendringes Niedersachsen e.V. am 01.03.2008**

### **Gemeinsam Handeln gegen Rechtsextremismus**

Die im Landesjugendring Niedersachsen zusammengeschlossenen Jugendverbände sagen „Nein!“ zu Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Aus diesem Grund lehnen wir, die Jugendverbände, rechtsextremes Gedankengut und rechtsextreme Parteien und Organisationen ab und setzen uns mit Bildungsangeboten aktiv für Mitbestimmung, politische Teilhabe und Demokratie ein.

Der Landesjugendring Niedersachsen fordert alle Bürgerinnen und Bürger dazu auf, ein klares Bekenntnis zur Demokratie abzugeben.

Gleichzeitig fordern wir von allen gesellschaftlichen Gruppierungen sowie politisch Engagierten und Verantwortlichen, in ihrem Handeln ebenfalls klare Zeichen gegen den Rechtsextremismus zu setzen:

- Wir fordern alle gesellschaftlichen Kräfte dazu auf, sich immer wieder neu deutlich gegen alle Formen von Rechtsextremismus zu positionieren und sich lokal, regional und überregional für ein demokratisches Bewusstsein zu engagieren.
- Wir fordern eine intensive Aufklärung und kritische Auseinandersetzung von Jugendlichen über die Erscheinungsformen, Ideologien, Organisationsstrukturen und Strategien rechtsextremer Parteien und Organisationen sowie die Einübung von Selbstbehauptung und Zivilcourage gegen Rechts. Gefordert sind hier neben den Jugendverbänden, die sich dieser Selbstverpflichtung stellen, insbesondere Politik und Schule. Dazu bedarf es einer Berücksichtigung dieses Themas in der Qualifizierung der pädagogischen Fachkräfte in Jugendarbeit und Schule.
- Wir fordern alle gesellschaftlichen Kräfte dazu auf, gemeinsam mit und für Jugendliche Lebensperspektiven zu entwickeln, um ihnen Alternativen zu den rechtsextremistischen Parteien aufzuzeigen. Dazu gehören zum Beispiel verstärkte Anstrengungen gegen die Jugendarbeitslosigkeit.

- Wir fordern Politiker-innen dazu auf, stärker die Probleme und Anliegen von Jugendlichen in den Blick zu nehmen und Taten folgen zu lassen, damit die Bedürfnisse Jugendlicher ernst genommen werden und eine Chance auf Integration in die Gesellschaft erhalten.
- Wir fordern Politiker-innen dazu auf, sich die Gefährlichkeit rechtsextremen Gedankengutes und rechtsextremer Gesinnung für die Demokratie und das Zusammenleben in unserer Gesellschaft bewusst zu machen, ernst zu nehmen und dagegen zu handeln. Dazu gehört eine aktive Auseinandersetzung mit den rechtsextremen Parteien und Organisationen, deren Inhalten und deren Sympathisant-inn-en.

Im Ringen um das Demokratieverständnis in unserer Gesellschaft bedarf es gezielter langfristiger Förderprogramme sowie der verlässlichen Förderung der Regelaufgaben der Jugendarbeit in der Fläche, um die Jugendverbände in die Lage zu versetzen, präventiv zu wirken und ihren Bildungsauftrag gerade im Hinblick auf diese Thematik zu erfüllen.

**Beschluss der 31. ordentlichen Vollversammlung  
des Landesjugendringes Niedersachsen e.V. am 01.03.2008**

**Für ein gutes Klima:  
Jugendverbände handeln jetzt!**

Der Klimawandel schreitet immer weiter voran und macht sich auch bei uns in Deutschland und Niedersachsen bemerkbar. Mittlerweile ist unumstritten, dass menschliche Eingriffe ein wesentlicher Faktor für die klimatischen Veränderungen sind. Dass sofortiges konsequentes Handeln notwendig ist, um Klimafolgen zu reduzieren, zeigen die Berichte des UN-Klimarates (IPCC) auf dramatische Weise.

Auf internationaler Ebene muss daher konsequent gehandelt und verbindliche Abkommen müssen unterzeichnet und umgesetzt werden. Diese müssen ambitionierte Verpflichtungen zur Reduktion der Treibhausgasemissionen, insbesondere CO<sub>2</sub>, sowie konkrete Maßnahmen zur Anpassung an veränderte Klimabedingungen beinhalten. Der IPCC-Bericht von 2007 gibt zahlreiche Empfehlungen und stellt nochmals heraus, dass die globale Erwärmung unbedingt unter 2 Grad Celsius gehalten werden muss.

Die Verantwortung darf aber nicht nur auf Regierungen und internationale Organisationen geschoben werden. Alle gesellschaftlichen Akteur-inn-e-n sind gefragt, um den Klimawandel einzudämmen. Auch Jugendverbände tragen ihren Teil zur dringend notwendigen CO<sub>2</sub>-Reduktion und zur Förderung eines klimafreundlichen Lebensstils bei.

Die Jugendverbände haben die Wichtigkeit des Themas erkannt und verpflichtet sich, ihre Arbeitsweise auf Klimaverträglichkeit zu überprüfen und bei ihren Maßnahmen sowie in Einrichtungen und Büros auf Klima- und Umweltfreundlichkeit zu achten.

Dazu erarbeiten die im LJR zusammengeschlossenen Jugendverbände eine Arbeitshilfe mit Vorschlägen und Praxistipps zur Umsetzung einer klimafreundlichen Jugendarbeit.

Als weitere konkrete Maßnahme steigen die niedersächsischen Jugendverbände auf Ökostrom um. Bereits 2003 haben diese beschlossen, einen Umstieg auf Ökostrom in ihren Einrichtungen und Büros zu forcieren. Wir nehmen die aktuelle Klimadiskussion zum Anlass, die Umsetzung des Beschlusses zu evaluieren und weiter voranzutreiben.

**Beschluss der 31. ordentlichen Vollversammlung  
des Landesjugendringes Niedersachsen e.V. am 01.03.2008**

## **Die Einheit der Kinder- und Jugendhilfe ist Bedingung!**

Die Verbesserung der Lebensbedingungen und gleichwertige Zukunftschancen für junge Menschen zu schaffen, ist verfasstes Gebot der durch die Landesregierung in Niedersachsen repräsentierten öffentlichen Verantwortung. Die öffentliche Verantwortung drückt sich aus in der qualitativen, vielfältigen Gestaltung der Hilfen zur gleichberechtigten Teilhabe junger Menschen am gesellschaftlichen Leben. Die durch freie Träger in der Kinder- und Jugendhilfe gewährleistete Vielfalt und Nachhaltigkeit der Angebote, Maßnahmen und Aktivitäten bedarf der qualifizierten, rechtlich gesicherten und organisatorisch einheitlichen Partizipation an der Gestaltung und Entwicklung dieser gemeinsamen gesellschaftlichen Verantwortung.

1. Der Landesjugendring fordert die umfassende Wahrnehmung der Verantwortung des Landes zur Schaffung und Sicherung gleichwertiger Lebenschancen und -verhältnisse aller Kinder und Jugendlichen in Niedersachsen.
2. Der Landesjugendring betont deshalb die besondere Verantwortung des Landes für eine aktive niedersächsische Kinder- und Jugendhilfepolitik, die allen jungen Menschen eine teilhabende Zukunft schafft.
3. Der Landesjugendring lehnt die Destrukturierung der Aufgaben und die Auflösung der einheitlichen, umfassenden Verantwortung ab, weil das Land nicht auf ein zentrales Instrument des Schutzes und der aktiven Förderung junger Menschen verzichten darf.
4. Der Landesjugendring kritisiert insbesondere, dass die Zerschlagung einheitlicher Kinder- und Jugendhilfe die demokratische Mitbestimmung von Betroffenen und Trägern beendet und der Zersplitterung von Verantwortlichkeiten durch die Entfachlichung und Kommunalisierung den Weg geebnet hat.

5. Der Landesjugendring fordert die Landesregierung auf,

- alle Aufgaben und Leistungen nach dem SGB VIII in einer überörtlichen, leistungsfähigen und verzahnten Organisationsstruktur (im Sinne der Sonderstellung des Jugendamtes als Fachbehörde) zu bündeln. Diese muss zur Interessenwahrung die Lebenslagen junger Menschen und ihrer Familien ganzheitlich sowie handlungsfeld- und trägerübergreifend gestalten, landeseinheitliche Standards gewährleisten und zum überregionalen Ausgleich unterschiedlicher Lebensbedingungen beitragen. Die Lebenslagen von Kindern, Jugendlichen und Familien richten sich nicht nach einer behördlichen Organisationslogik und die Fachkräfte vor Ort wollen und brauchen verbindliche, kontinuierliche Ansprechpartnerinnen und eine übergeordnete Qualifizierung.
- dem Gebot zur partnerschaftlichen Zusammenarbeit (§ 4 SGB VIII) mit freien Trägern tatsächlich zu entsprechen, Mitwirkungsrechte auszubauen und durch Beteiligung von Mandatsträgerinnen in einem qualifizierten Landeskinder- und jugendhilfeausschuss zu stärken.
- keine Entkoppelung von fachlich zu steuernden Aufgaben in der Jugendhilfe, insbesondere auch der Jugendsozialarbeit, und der zugehörigen Mittelverwendung vorzunehmen.
- die Reintegration der auf Kindertageseinrichtungen (§§ 22 ff SGB VIII) bezogenen Aufgaben und Verantwortung in die einheitliche Jugendhilfe zu realisieren.